

## **Kapitalleistung aus gebundener Selbstvorsorge (Säule 3a)**

### **Bemessungsgrundlage**

#### **Entscheid des Steuergerichts des Kantons Basel-Landschaft Nr. 27/2007 vom 20. April 2007**

*In den Bemessungslückejahren 1999 und 2000 geleistete Beiträge an die gebundene Selbstvorsorge (Säule 3a) können von einer späteren Kapitalauszahlung in Abzug gebracht werden. Diese Regelung gilt aber nicht für frühere Beiträge, welche wegen amtlichen Einschätzungen bisher unberücksichtigt geblieben sind. Zudem kann bei einer Kapitalleistung, welche vor Inkrafttreten der entsprechenden Gesetzesbestimmung zur Auszahlung gelangt, ein solcher Abzug nicht beansprucht werden.*

#### *Sachverhalt:*

1. Gemäss der Meldung über Kapitalleistungen der Eidgenössischen Steuerverwaltung vom 11. Januar 2001 wurde dem Pflichtigen von der X-Vorsorgestiftung am 29. Dezember 2000 eine Kapitalleistung in Höhe von Fr. 57'000.– für Wohneigentum aus der Säule 3a ausbezahlt.

Mit definitiver Veranlagungsverfügung für Kapitalleistungen Staatssteuer 2000 vom 31. August 2005 erhob die Steuerverwaltung auf dieser Kapitalleistung eine Sondersteuer in Höhe von Fr. 1'140.– zum Minimalsteuersatz von 2%.

2. Mit Schreiben vom 30. September 2005 erhob der Pflichtige Einsprache mit dem Begehren, die Veranlagungsverfügung vom 31. August 2005 sei aufzuheben. Zur Begründung führte er an, die steuerlich begünstigte Einlage in die Säule 3a sei in der Steuererklärung nicht abgezogen worden.

3. Mit Einsprache-Entscheid vom 6. November 2006 wies die Steuerverwaltung die Einsprache ab. Zur Begründung führte sie aus, dass gemäss Meldung der X-Vorsorgestiftung vom 11. Januar 2001 der Pflichtige aus der gebundenen Selbstvorsorge (Säule 3a) am 29. Dezember 2000 den Betrag von Fr. 57'000.– für Wohneigentum bezogen habe. Infolge amtlicher Veranlagungen seit der Steuerperiode 1997/1998 seien keine Abzüge mehr für die Einzahlungen in die Säule 3a gewährt worden. Es könne daraus aber nicht abgeleitet werden, dass die Auszahlung nicht besteuert würde. Ausserdem gelten nur die in der Bemessungslücke 1999 und 2000 nachgewiesenen Einzahlungen als nicht steuerbar. In Ermangelung sämtlicher Beweismittel betreffend Eröffnung des Kontos bei der X-Vorsorgestiftung und der

abzugsberechtigten Einzahlungen müsse an der Besteuerung des ausbezahlten Betrages in Höhe von Fr. 57'000.– festgehalten werden.

4. Gegen diesen Einsprache-Entscheid erhob die Vertreterin des Pflichtigen mit Schreiben vom 6. Dezember 2006 Rekurs mit dem Begehren, die geleisteten Zahlungen in die Säule 3a seien bei der Berechnung der Sondersteuer zu berücksichtigen, insbesondere die in der Bemessungslücke 1999 und 2000 effektiv bezahlten Beiträge. Weiter wurde ausgeführt, im Einsprache-Entscheid sei darauf hingewiesen worden, dass infolge amtlicher Veranlagungen keine Abzüge für Einzahlungen berücksichtigt worden seien. Da die Kapitalleistung besteuert werde, seien auf der anderen Seite die entsprechenden Einzahlungen in die Säule 3a zu berücksichtigen bzw. zu gewähren.

5. Mit Vernehmlassung vom 22. Januar 2007 beantragte die Steuerverwaltung die Abweisung des Rekurses und verwies grundsätzlich auf den angefochtenen Einsprache-Entscheid. Ergänzend hielt sie fest, dass § 27bis Abs. 3 StG erst am 1. Januar 2001 in Kraft getreten, die Auszahlung jedoch bereits am 29. Dezember 2000 erfolgt sei. Grundsätzlich müsse jede Steuerperiode nach den im jeweiligen Zeitpunkt geltenden Gesetzen beurteilt werden, weshalb § 27 bis Abs. 3 StG in casu keine Anwendung fände. Ausserdem stimme die in der Meldung über Kapitalleistungen erwähnte ausrichtende Bank der X-Vorsorgestiftung nicht mit der Basellandschaftlichen Kantonalbank überein, von welcher die eingereichten Belege vorlägen. Aus diesem Grund könnten diese Beträge nicht zum Abzug zugelassen werden. Im Übrigen belegten die eingereichten Kontoauszüge nicht rechtsgenügend, wie viele Beiträge und in welcher Höhe diese vom Rekurrenten geleistet worden seien.

6. An der heutigen Verhandlung hielten die Parteien an ihren Anträgen fest.

#### *Erwägungen:*

1. Das Steuergericht ist gemäss § 124 des Gesetzes über die Staats- und Gemeindesteuern (Steuergesetz) vom 7. Februar 1974 (StG) zur Beurteilung des vorliegenden Rekurses zuständig.

Da die in formeller Hinsicht an einen Rekurs zu stellenden Anforderungen erfüllt sind, ist ohne weiteres darauf einzutreten.

2. Der Beurteilung unterliegt vorliegend die Frage, ob die vom Rekurrenten geleisteten Zahlungen in die Säule 3a, insbesondere die in die Bemessungslücke der Jahre 1999 und 2000 fallenden einbezahlten Beiträge, bei der Berechnung der Sondersteuer zu berücksichtigen sind.

3. a) Gemäss § 29 Abs. 1 Buchstabe d<sup>ter</sup> StG können von den steuerbaren Einkünften Einlagen, Prämien und Beiträge zum Erwerb von vertraglichen Ansprüchen aus

anerkannten Formen der gebundenen Selbstvorsorge im Sinne und im Umfang von Art. 82 des Bundesgesetzes vom 25. Juni 1982 über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) abgezogen werden. In vollem Umfange steuerbar sind nach § 27<sup>bis</sup> Abs. 1 StG Renten und Kapitalabfindungen aus Einrichtungen der beruflichen Vorsorge sowie Leistungen aus anerkannten Formen der gebundenen Selbstvorsorge im Sinne von Art. 82 BVG. Kapitalabfindungen aus beruflicher Vorsorge sowie aus anerkannten Formen der gebundenen Selbstvorsorge im Sinne von § 27bis Abs. 1 StG werden gemäss § 36 StG gesondert besteuert. Die Steuer wird zu dem Satz berechnet, der sich ergäbe, wenn anstelle der einmaligen Leistung eine entsprechende jährliche Leistung ausgerichtet würde, mindestens aber zum Minimalsteuersatz von 2%.

b) Nach § 106 Abs. 1 und 2 StG wird der Steuerpflichtige, wenn er innerhalb der festgesetzten Nachfrist und Chargé-Mahnung die Steuererklärung nicht einreicht oder vervollständigt, von Amtes wegen eingeschätzt.

Eine amtliche Einschätzung gemäss § 106 StG kann der Steuerpflichtige nur wegen offensichtlicher Unrichtigkeit anfechten. Die Einsprache ist zudem zu begründen und muss allfällige Beweismittel nennen (§ 122 Abs. 2 StG). Mit anderen Worten obliegt es dem Steuerpflichtigen, im Rechtsmittelverfahren den Nachweis zu erbringen, dass die amtliche Veranlagung offensichtlich unrichtig ist (§ 106 Abs. 3 StG). Dieser Nachweis muss umfassend sein, das heisst den gesamten von der Ermessensveranlagung betroffenen Teil umfassen (vgl. Bundesgerichtsurteil 2A.164/2004 vom 23. April 2004, E. 2; 2P.234/2003 und 2 A.407/2003 vom 9. September 2004, E. 2). Ist die amtliche Veranlagung Folge einer versäumten Mitwirkungspflicht des Steuerpflichtigen, so muss dieser die versäumten Handlungen nachholen. Er muss demnach die bisher nicht eingereichte Steuererklärung vorlegen und die weiteren unterlassenen Mitwirkungshandlungen erfüllen (Einreichung von Unterlagen, Erteilen von Auskünften usw.). Nur unter dieser Voraussetzung kann der Nachweis der Unrichtigkeit der Veranlagung erbracht werden und lebt die Untersuchungspflicht der Behörde wieder auf (vgl. *Markus Berger* in: Archiv für Schweizerisches Abgaberecht, 2006, Band 75, Heft 34, S. 204 f.).

Nach § 122 Abs. 2 StG muss dieser Unrichtigkeitsnachweis zudem mit der Begründung der Einsprache und damit innert der Einsprachefrist erfolgen.

c) Im vorliegenden Fall liess sich der Steuerpflichtige seit der Steuerperiode 1997/1998 jeweils amtlich einschätzen. Demzufolge wurden durch die Einschätzungsbehörde korrekterweise keine Abzüge für die Einzahlungen in die Säule 3a berücksichtigt. Spätestens nach Eingang der jeweiligen amtlichen Veranlagung hätte der Steuerpflichtige durch Einsprache und Nachreichung der vollständigen Steuererklärung darlegen müssen, dass die amtliche Veranlagung offensichtlich unrichtig ist und die Einzahlungen der Beiträge an die Säule 3a deshalb zum Abzug zuzulassen gewesen wären. Dies hat der Steuerpflichtige jedoch unterlassen. Er ist trotz Chargé-Mahnung seinen Mitwirkungspflichten nicht nachgekommen. Das Versäumnis, fristgerecht eine Steuererklärung einzureichen oder im konkreten Ein-

spracheverfahren eine korrekte Veranlagung zu erwirken, kann nun nicht als Argument angeführt werden, auf eine gesetzeskonforme, korrekte und vollständige Besteuerung der Kapitaleistung zu verzichten, weil die Beiträge nicht abgezogen worden sind. Eine amtliche Einschätzung kann günstige, aber auch ungünstige Folgen haben. Im vorliegenden Fall muss sich der Rekurrent durch das Unterlassen seiner Mitwirkungspflicht die ungünstigen Folgen der amtlichen Einschätzung und die Nichtberücksichtigung der einbezahlten Beiträge an die Säule 3a anrechnen lassen. Demzufolge wurde die Besteuerung der Kapitaleistung durch die Steuerverwaltung korrekt vorgenommen. Somit ist der Rekurs abzuweisen.

4. Auch wenn das Steuergericht, entgegen der unter Ziffer 3c) ausgeführten Erwägungen, zum Schluss gekommen wäre, dass die in die Bemessungslücke fallenden Beiträge in die Säule 3a zum Abzug hätten zugelassen werden müssen, so hätte der Rekurs auch aus folgendem Grund abgewiesen werden müssen:

a) Gemäss § 27<sup>bis</sup> Abs. 3 erster Satz StG können von Kapitalabfindungen aus der gebundenen Selbstvorsorge die in den Jahren 1999 und 2000 geleisteten Beiträge des Steuerpflichtigen in Abzug gebracht werden, die wegen der Umstellung auf die einjährige Steuerveranlagung steuerlich nicht berücksichtigt werden konnten.

b) Diese Bestimmung ist am 1. Januar 2001 in Kraft getreten. Vorliegend ist die Steuerperiode des Jahres 2000 massgebend. Es stellt sich nun die Frage, ob ein Anspruch auf Rückwirkung der Bestimmung von § 27<sup>bis</sup> Abs. 3 erster Satz StG besteht. Eine echte Rückwirkung liegt vor, wenn neues Recht auf einen Sachverhalt angewendet wird, der sich abschliessend vor Inkrafttreten dieses Rechts verwirklicht hat. Die rückwirkende Inkraftsetzung von Normen ist nur unter strengen Voraussetzungen zulässig. Ausnahmsweise ist sie gemäss bundesgerichtlicher Rechtsprechung zulässig, wenn sie ausdrücklich angeordnet oder zumindest klar gewollt ist, zeitlich mässig ist, zu keinen stossenden Rechtsungleichheiten führt, sich auf beachtenswerte, triftige Gründe stützt und nicht in wohlverworbene Rechte eingreift. Diese Voraussetzungen müssen kumulativ erfüllt sein (vgl. Urteil des Schweizerischen Bundesgericht [BGE] 125 I 182, E. 2b/cc; *Häfelin/Müller*, Grundriss des Verwaltungsrecht, Zürich 2006, N 329 ff.; *Höhn/Waldburger*, Steuerrecht, Band I, 9. überarbeitete und erweiterte Auflage, Bern 2001, § 4 N 122).

c) Im vorliegenden Fall wurde gemäss der Meldung über Kapitaleistungen der Eidgenössischen Steuerverwaltung vom 11. Januar 2001 dem Pflichtigen von der X-Vorsorgestiftung am 29. Dezember 2000 eine Kapitaleistung in Höhe von Fr. 57'000.– für Wohneigentum aus der Säule 3a ausbezahlt. Eine ausdrückliche Anordnung der Rückwirkung der Bestimmung von § 27<sup>bis</sup> Abs. 3 erster Satz StG lässt sich nirgends aus dem Gesetz oder der Verordnung entnehmen. Da die Voraussetzungen für eine Rückwirkung kumulativ erfüllt sein müssen und vorliegend schon die erste Voraussetzung der ausdrücklichen Anordnung oder zumindest klar gewollten Rückwirkung nicht erfüllt wird, erübrigt sich somit die Überprüfung der Verbleibenden. Die am 1. Januar 2001 in Kraft getretene Bestimmung § 27<sup>bis</sup> Abs. 3 StG

kann demzufolge nicht auf den sich im Jahre 2000 abschliessend verwirklichten Sachverhalt angewendet werden.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die erhobene Sondersteuer in Höhe von Fr. 1'140.– auf die am 29. Dezember 2000 ausbezahlte Kapitalleistung in Höhe von Fr. 57'000.– durch die Steuerverwaltung zu Recht erfolgt ist und sich demnach der Rekurs als unbegründet erweist und daher abzuweisen ist.

*Demgemäss wird erkannt:*

Der Rekurs wird abgewiesen.